

## **B E S C H L U S S**

der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

auf ihrer 5. Tagung

zum

**Kohleausstieg in der Energieversorgung**

Die Synode spricht sich für einen zügigen Ausstieg aus der Kohleverstromung (Braun- und Steinkohle) aus, der der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens entspricht und dazu beiträgt, dass die deutschen Klimaziele möglichst zeitnah noch erreicht werden. Dafür müssen kurzfristig die Hälfte der Kohlekraftwerke, vorrangig die ältesten und ineffizientesten, vom Netz genommen werden.

Die Synode fordert die politisch Verantwortlichen auf, den mit dem Kohleausstieg verbundenen Strukturwandel konsequent sozialverträglich zu gestalten sowie für die betroffenen Regionen Perspektiven zu eröffnen. Mit großem Interesse hat die Synode den Zwischenbericht vom 25. Oktober 2018 der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zur Kenntnis genommen, der sehr differenziert mögliche Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen darstellt. Ausdrücklich unterstützt sie die Absicht der Kommission „Klimaschutz, gute Arbeit und Wirtschaft in Einklang“ zu bringen „und damit einen Beitrag zur Umsetzung des Leitbilds Nachhaltigkeit“ (S.28) zu leisten. Die Synode begrüßt, dass die Zivilgesellschaft in den Prozess der Strukturentwicklung aktiv eingebunden werden soll, und sieht darin auch eine Aufgabe der Kirchen.

Die Synode spricht sich dafür aus, umgehend ein konkretes Kohleausstiegsdatum festzulegen. Sie knüpft damit an den Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz vom 27. Oktober 2018. Der Zeitpunkt muss wissenschaftlich den internationalen Klimazielen genügen und im geplanten Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Belastbare Studien zeigen, dass ein Kohleausstieg, der den Erfordernissen der Sozialverträglichkeit, der Versorgungssicherheit und des Klimaschutzes entspricht, bis spätestens 2035 notwendig und möglich ist.

Die betroffenen Standorte und Regionen brauchen langfristige Planungssicherheit, damit sie sich auf die notwendigen Veränderungen einstellen und entsprechende Entwicklungsprozesse einleiten können. Je länger der Beginn des Strukturwandels hinausgezögert wird, umso größer wird die Gefahr, dass die Klimaziele verfehlt werden und es zu sozialunverträglichen Strukturbrüchen kommt.

Würzburg, den 14. November 2018

Die Präses der Synode  
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Irmgard Schwaetzer

**Die Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgt unter dem Vorbehalt der endgültigen Ausfertigung durch die Präses der Synode!**